Vereinbarung

über die Bildung des Kommunalkassenverbandes in Bedburg-Hau

Die Stadt Kalkar und die Gemeinden Bedburg-Hau, Kranenburg, Uedem, Weeze vertreten gemäß §§ 63, 64 GO i. d. F. der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) vereinbaren hiermit gemäß § 9 Absatz 1 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit - GkG - folgende Verbandssatzung des Zweckverbandes Kommunalkassenverband in Bedburg-Hau:

Satzung des Zweckverbandes „Kommunalkassenverband in Bedburg-Hau“

(Zweckverband der Stadt Kalkar sowie der
Gemeinden Bedburg-Hau, Kranenburg,
Uedem und Weeze)

§ 1 Verbandsmitglieder

- (1) Die Stadt Kalkar sowie die Gemeinden Bedburg-Hau, Kranenburg, Uedem und Weeze bilden einen Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV NRW S. 62 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.04.2002 (GV NRW S. 160).
- (2) Der Zweckverband kann auf weitere Gebietskörperschaften ausgedehnt werden.
- (3) Über die Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder in den Zweckverband ist ein einstimmiger Beschluß der Verbandsversammlung erforderlich.

§ 2 Name, Sitz und Siegel des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband führt den Namen der „Kommunalkassenverband in Bedburg-Hau“ (Zweckverband der Stadt Kalkar und der Gemeinden Bedburg-Hau, Kranenburg, Uedem und Weeze).
- (2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Bedburg-Hau.
- (3) Der Zweckverband führt ein Dienstsiegel entsprechend § 5 der Verordnung über die Führung des Landeswappens vom 16.05.1956 (GV NRW S. 163/SGV NRW S. 113), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27.11.1986 (GV NRW S. 43). Dieses enthält die Inschrift „Kommunalkassenverband in Bedburg-Hau“ im oberen Halbkreis und das Landeswappen im unteren Halbkreis.

§ 3 Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband hat die den Verbandsmitgliedern nach § 91 GO NRW und § 1 GemKVO NRW obliegenden Kassengeschäfte zu erledigen.

Hierzu gehören insbesondere

- a) die Annahme der Einnahmen und die Leistung der Ausgaben;
 - b) die Verwaltung der Kassenmittel, dabei bleibt § 19 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 und 4 der Gemeindekassenverordnung unberührt;
 - c) die Verwahrung von Wertgegenständen gemäß Dienstanweisung;
 - d) die Buchführung einschl. der Sammlung der Belege;
 - e) die Erstellung von Kassenstatistiken;
 - f) die Erledigung von Prüfungsbemerkungen.
- (2) Der Zweckverbandskasse obliegen außerdem die Mahnung, Beitreibung, Einleitung und Durchführung der Zwangsvollstreckung (zwangsweise Einziehung) soweit in anderen Vorschriften nichts anderes bestimmt ist.
- (3) Die Zweckverbandskasse führt ferner Kassengeschäfte nach Abs. 1 für Fremde aus, wenn hierzu die Verbandsmitglieder
- durch Gesetz bzw. auf Grund eines Gesetzes
 - oder durch Vereinbarung verpflichtet sind.

Die Vereinbarung eines Verbandsmitgliedes zur Erledigung fremder Kassengeschäfte nach Entstehen des Zweckverbandes verpflichtet den Verband zur Übernahme dieser Kassengeschäfte nur, wenn ein entsprechender Beschluß der Verbandsversammlung vorliegt.

- (4) Der Zweckverband tritt in die Rechte und Pflichten der von den Verbandsmitgliedern mit dem Kreis Kleve geschlossenen Vereinbarung über die Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen ein.

§ 4 Organe

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der/die Vorstandsvorsteher/in.

§ 5 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus je zwei Vertretern der Verbandsmitglieder.
- (2) Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden durch die Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit bestellt.

Die Mitglieder üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie bestellt sind, bis zum Amtsantritt der neu bestellten Mitglieder aus.

Die Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung erlischt, wenn die Voraussetzungen der Bestellung des Mitgliedes wegfallen.

- (3) Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen.

§ 6

Aufgaben der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung entscheidet über alle Angelegenheiten, die nicht zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören. Diese gelten als auf den/die Verbandsvorsteher/in übertragen.

Die Verbandsversammlung entscheidet insbesondere über

1. den Erlaß von Satzungen
 2. die Haushaltssatzung und die Rechnungslegung
 3. die Entlastung der Verbandsvorsteherin/des Verbandsvorstehers
 4. die Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder
 5. die Änderung der Verbandsatzung
 6. die Auflösung des Zweckverbandes
 7. den Stellenplan
 8. die Ernennung, Einstellung, Beförderung, Entlassung und Bestellung der Kassenerin/des Kassenerleiters und seiner Stellvertreter/innen
 9. die Übernahme weiterer Geschäfte für Fremde
- (2) Im übrigen ergeben sich die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung nach den Bestimmungen des GkG und dieser Satzung.

§ 7

Vorsitzende/r und Stellvertreter/in der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/n und eine/n Stellvertreter/in. Zur/zum Vorsitzenden der Verbandsversammlung und zu ihrem/seinem Vertreter darf nicht gewählt werden, wer von derjenigen Gemeinde entsandt wurde, die die/den Verbandsvorsteher/in stellt. (= optional)

§ 8

Geschäftsgang in der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung wird durch die/den Vorsitzende/n zu den Sitzungen schriftlich mit einer Frist von mindestens zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung eingeladen; in dringenden Fällen kann die Einladung formlos und ohne Einhaltung einer Frist ergehen.
Zur 1. Sitzung nach Bildung des Zweckverbandes wird sie durch den Bürgermeister der Gemeinde Bedburg-Hau eingeladen.

- (2) Die Verbandsversammlung tritt nach Bedarf - wenigstens zweimal im Haushaltsjahr, und zwar zur Beschlußfassung über die Haushaltssatzung sowie über die Rechnungslegung und die Entlastung des/der Verbandsvorsteher(s)/in - zusammen. Die Verbandsversammlung muß einberufen werden, wenn dies von mindestens vier Mitgliedern der Verbandsversammlung oder einem Verbandsmitglied unter Angabe der zu beratenden Angelegenheit verlangt wird.
- (3) Die/der Vorsitzende setzt die Tagesordnung der Verbandsversammlung im Benehmen mit der/dem Verbandsvorsteher/in fest.
- (4) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (5) Für die Beschlußfähigkeit und Abstimmung sind die Bestimmungen des § 49 ff. GO NRW analog anzuwenden.

§ 9 Verbandsvorsteher/in

- (1) Die/der Verbandsvorsteher/in wird von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten/beamtinnen der zum Zweckverband gehörenden Gemeinden für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungskörperschaft gewählt.
- (2) Die Amtszeit der/des Verbandsvorstehers/Verbandsvorsteherin endet mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Bei einer vorzeitigen Beendigung der Amtszeit hat die Verbandsversammlung eine/n neue/n Verbandsvorsteher/in für den Rest der Amtszeit zu wählen.
- (3) Die/der Verbandsvorsteher/in führt die laufenden Geschäfte des Kommunalkassenverbandes nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Sie/Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.
- (4) Die/der Verbandsvorsteher/in ist Dienstvorgesetzte/r der Bediensteten des Kommunalkassenverbandes. Sie/Er ist für Einstellung, Beförderung und Entlassung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nach Maßgabe dieser Satzung und des Stellenplans zuständig.
- (5) Die/Der Verbandsvorsteher/in ist berechtigt, Bediensteten seiner/ihrer Verwaltung im notwendigen Umfange Anordnungs- und Feststellungsbefugnis für den Zweckverband zu erteilen.

§ 10 Ehrenamtliche und hauptamtliche Tätigkeit

- (1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung und der/die Verbandsvorsteher/in sind ehrenamtlich tätig.
- (2) Der Zweckverband ist berechtigt Beamte, Angestellte und Arbeiter hauptamtlich einzustellen. Dienstvorgesetzter ist der/die Verbandsvorsteher/in. Die beamtenrechtlichen Bestimmungen sowie die tarifrechtlichen Regelungen einschließlich der ergänzenden Vereinbarungen des öffentlichen Dienstes finden auf das Personal Anwendung.

§ 11 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes werden in der Rheinischen Post, Ausgabe Kleve und Geldern vollzogen, soweit in Rechtsvorschriften nicht ausdrücklich etwas anderes vorgeschrieben ist.
- (2) Sind öffentliche Bekanntmachungen in der in Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so wird die Öffentlichkeit durch Aushang in den Rathäusern der beteiligten Kommunen unterrichtet. Die Dauer des Aushangs beträgt 14 Tage. Sobald die Veröffentlichung in der in Abs. 1 vorgeschriebenen Form möglich ist, ist sie dort nachrichtlich zu wiederholen.

§ 12 Verpflichtende Erklärungen

Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind lediglich von der/dem Vorstandsvorsteher/in zu unterzeichnen.

§ 13 Allgemeine Vorschriften

- (1) Auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes finden die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft sinngemäß Anwendung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung, über die Auslegung des Haushaltsplanes und der Jahresrechnung, über die Bildung einer Allgemeinen Rücklage sowie über das Rechnungsprüfungsamt.
- (2) Die Kassenprüfungen und Kassenbestandsaufnahmen gemäß § 39 (1) GemKVO für den Kommunalkassenverband als auch für die Verbandsmitglieder werden durch drei Bedienstete der Verbandsmitglieder oder durch ein zu beauftragtes Rechnungsprüfungsamt einer anderen Gebietskörperschaft durchgeführt. Die Verbandsversammlung bestimmt die Bediensteten bzw. beauftragt das externe Rechnungsprüfungsamt. Die Prüfungsberichte sind der/dem Vorstandsvorsteher/in sowie den betreffenden Verbandsmitgliedern zuzuleiten.
- (3) Der/Die Geschäftsführer/in (Kassenleiter/in) hat den Entwurf der Haushaltssatzung aufzustellen. Der von der/dem Vorstandsvorsteher/in festgestellte Entwurf ist der Verbandsversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.
- (4) Die von der/dem Geschäftsführer/in aufgestellte und von der/dem Vorstandsvorsteher/in festgestellte Jahresrechnung des Zweckverbandes ist von der Verbandsversammlung zu prüfen. Die Verbandsversammlung kann sich dabei Bediensteter der Verbandsmitglieder bedienen.

§ 14 Deckung des Finanzbedarfs

- (1) Zur Deckung der anderweitig nicht gedeckten Aufwendungen wird von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erhoben.

- (2) Die Höhe der Umlage wird nach der tatsächlichen Inanspruchnahme durch die Verbandsmitglieder festgesetzt. Bemessungsmaßstab für die Umlage sind die Buchungsposten im jeweiligen Haushaltsjahr. Als Buchungsposten gelten die in der KRZN-Kassen-Statistik festgestellten Buchungen.
- (3) Auf die Umlage sind von den Verbandsmitgliedern Vorauszahlungen in monatlichen Teilbeträgen bis zum 1. eines jeden Monats zu zahlen.
- (4) Eine Abrechnung findet im nachfolgenden Haushaltsjahr statt.
- (5) Für die Ersteinrichtung der Arbeitsplätze des Zweckverbandes werden die Kosten gemäß Abs. 2 auf Grundlage der Kassenstatistik Stichtag 31.12.2001 verteilt.
- (6) Für die Wahrnehmung fremder Kassengeschäfte, für die die Verbandsgemeinden entschädigt werden, wird eine Sonderumlage in Höhe dieses Entschädigungsbetrages erhoben. Die durch die Wahrnehmung dieser Kassengeschäfte entstehenden Buchungsfälle bleiben bei der Festsetzung der allgemeinen Umlage unberücksichtigt.

§ 15

Änderung der Zweckverbandsaufgaben

Die Änderung der Zweckverbandsaufgaben und die Übernahme zusätzlicher Aufgaben - auch einzelner Verbandsmitglieder - bedürfen eines einstimmigen Beschlusses der Versammlung. In diesem Zusammenhang ist auch eine Kostenregelung zu treffen.

§ 16

Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

- (1) Jedes Mitglied kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 24 Monaten zum Ende eines Haushaltsjahres ausscheiden.
- (2) Das ausscheidende Mitglied haftet für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten des Zweckverbandes. Es hat keinen Rechtsanspruch auf eine Beteiligung am Zweckverbandsvermögen.
- (3) Wird durch das Ausscheiden eines Verbandsmitgliedes Personal freigesetzt, so ist es von der ausscheidenden Kommune zu übernehmen.

§ 17

Auflösung

- (1) Über die Auflösung des Zweckverbandes entscheidet die Versammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer satzungsmäßigen Stimmenanzahl.
- (2) Im Falle der Auflösung wird das Zweckverbandsvermögen nach der Erfüllung der Verbindlichkeiten auf die Verbandsmitglieder nach dem Verhältnis ihrer Beteiligung an der Deckung des Finanzbedarfs aufgeteilt. Über die Aufteilung beschließt die Versammlung mit der gleichen Mehrheit wie in Abs. 1.

- (3) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes übernehmen die Verbandsmitglieder anteilig nach der Regelung in Absatz 2 die hauptamtlich beschäftigten Bediensteten des Verbandes. Die §§ 128 des Rahmengesetzes zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts gelten entsprechend.

§ 18 Anwendung der Gemeindeordnung

Soweit die Verbandssatzung nichts anderes bestimmt und durch Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit nichts anderes vorgeschrieben ist, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung NRW sinngemäß.

§ 19 Entstehen des Zweckverbandes

Der Zweckverband entsteht am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Verbandsatzung und der Genehmigung. Er nimmt die Kassengeschäfte zum 1. Januar 2003 auf.

Bedburg-Hau, den _____
Für die Gemeinde Bedburg-Hau

Kalkar, den _____
Für die Stadt Kalkar

(Bürgermeister) (.....)

(Bürgermeister) (Kämmerer)

Kranenburg, den _____
Für die Gemeinde Kranenburg

Uedem, den _____
Für die Gemeinde Uedem

(Bürgermeister) (Kämmerer)

(Bürgermeister) (.....)

Weeze, den _____
Für die Gemeinde Weeze

(Bürgermeister) (Kämmerer)